

13/91

**Wir halten
zusammen**

CDU

Gemeinsam bauen wir
die Zukunft Deutschlands

„Aktion Solidarität“ (Seite 2—5)

**Wir halten
zusammen**

CDU

Gemeinsam bauen wir
die Zukunft Deutschlands

**Leitfaden
für die Aktion
Solidarität**

**Wir halten
zusammen**

CDU

Gemeinsam bauen wir
die Zukunft Deutschlands

**Dokumentation
zur Lage in den
neuen Bundesländern**

**Wir halten
zusammen**

CDU

Gemeinsam bauen wir
die Zukunft Deutschlands

**Musterrede
für die Aktion
Solidarität**

Unterstützt . . .

. . . wird die „Aktion Solidarität“ durch die hier abgebildeten Broschüren. Zirka 5 000 CDU-Verbände werden ab sofort mit je einem Satz dieser Broschüren ausgestattet.

Zusätzlich sind über unser IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Vermold, zu erhalten:

- **Postkarten**, mit denen Interessenten an der „Solidaritätsbörse“ ihre Mitarbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle mitteilen können

Bestell-Nr.: 9413

Verpackungseinheit: 100 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 12,— DM

- **Rahmenflugblätter** für Ankündigungen im Rahmen der „Aktion Solidarität“

Bestell-Nr.: 1418

Verpackungseinheit: 500 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 18,— DM

Generalsekretär Volker Rühle:

Wir halten zusammen

Durch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sind zwei unterschiedliche Gesellschaften zusammengefügt worden, die sich in ihren Mentalitäten teilweise grundlegend anders entwickelt haben. Was 40 Jahre getrennt war, läßt sich nicht in wenigen Monaten problemlos wieder zusammenfügen.

Wir stehen nicht nur vor der Aufgabe, in den neuen Bundesländern den ökonomischen, sozialen und ökologischen Aufbau zu bewältigen. Mindestens ebenso wichtig ist die geistig-kulturelle Dimension dieser Aufgabe, die darin besteht, daß die Menschen in Deutschland zueinanderfinden. Die innere Einheit Deutschlands zu vollenden, fordert von uns mehr als nur Geld.

Wir müssen nicht nur in die Wirtschaft der neuen Länder investieren, sondern vor allem auch in die Menschen — in Form von Rat, Hilfe und Verständnis füreinander. Erforderlich ist die Bereitschaft, nach vierzig Jahren der Trennung jetzt aufeinander zuzugehen und partnerschaftlich und solidarisch miteinander umzugehen.

Es gibt keine Deutschen erster und zweiter Klasse. Es kommt jetzt darauf an, daß wir zusammenhalten, weil es um unsere gemeinsame Zukunft in einem gemeinsamen Staat geht.

Diese Einsicht will die CDU durch eine breit angelegte „Aktion Solidarität“ fördern. Die Aktion steht unter dem Motto

„Wir halten zusammen“ und richtet sich an die Bürger in den neuen und alten Bundesländern. Unter anderem sind folgende Maßnahmen geplant:

In den neuen Bundesländern

- Die Bundespartei wird einen großen Teil ihrer Veranstaltungen in den neuen Ländern durchführen; so z. B. den Bundesausschuß am 10. Juni („Kleiner Parteitag“) und andere Gremiensitzungen sowie Fachtagungen und Kongresse.
- Informationsveranstaltungen mit Bundesrednern, in denen über die Maßnahmen der Bundesregierung informiert wird. Als Verteilmittel wurde eine „Ratgeber-Serie“ entwickelt, die über die neuen gesetzlichen Regelungen und Rechtsansprüche unterrichtet.
- Jeder Kreisverband soll den Rat und die Hilfe eines Partnerkreisverbandes im Westen in Anspruch nehmen können.
- Ausstattung der CDU-Geschäftsstellen mit moderner Bürokommunikation. Die Bundespartei übernimmt einen Kostenanteil in Höhe von 4 Millionen Mark.
- Durchführung eines Weiterbildungsprogramms für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter.

In den alten Bundesländern

wird die CDU im Rahmen dieser „Aktion Solidarität“ Informationsveranstaltungen zur Lage in den neuen Bundesländern durchführen. Unser Ziel ist, möglichst viele Referenten aus Ostdeutschland zu

gewinnen, die am besten aus eigenem Erleben über die Situation dort berichten und Verständnis für die Probleme vermitteln können. Wir wollen die „Informationsgrenzen“, die hier wie dort immer noch bestehen, möglichst rasch abbauen. Auf der Grundlage solcher Informationen können dann konkrete Projekte solidarischen Handelns entwickelt werden.

In einem möglichst dicht geknüpften Netz partnerschaftlicher Beziehungen von West nach Ost und von Ost nach West zwischen Parteigliederungen, Mandatsträgern in den Kommunen, Verbänden, Vereinen, Schulen und Berufsgruppen wollen wir viele Anlässe schaffen, durch die Menschen in Deutschland zusammengeführt werden.

Fachleute gesucht

Über eine „Solidaritäts-Börse“ in der Bundesgeschäftsstelle wird ein intensiver Erfahrungsaustausch sichergestellt.

Mit unserer „Aktion Solidarität“ wollen wir den Rahmen dafür bieten, daß sich viele Mitbürger entsprechend ihren Kenntnissen und Möglichkeiten engagieren können. Ob es um das Ausfüllen eines Wohngeldantrages oder um die betriebswirtschaftliche Kalkulation eines neueröffneten Geschäftes geht — Fachleute, die ihre Erfahrung zur Verfügung stellen — und sei es auch nur für ein Wochenende — werden überall gebraucht.

Umgekehrt wäre es für viele Menschen aus den neuen Ländern eine wertvolle Hilfe, wenn sie in westlichen Betrieben, Verwaltungen, Praxen und Institutionen konkrete Erfahrungen sammeln könnten. Und wir vergessen bei unserer Aktion natürlich auch nicht, daß Menschen dort am leichtesten zusammenfinden, wo sie es möglichst zwanglos tun: bei Festen, bei Begegnungen und im Sport. ■

Warnung vor Verhetzung und Demagogie

Ich kann den IG-Metall-Chef nur warnen: Wenn er die Proteste weiter schürt, führt er die Menschen ins Abseits. Mit anfassen, Mut machen — das ist jetzt gefragt.

Generalsekretär Volker Rühle

Die Gewerkschaften sind ein wichtiger Partner für die sozialen Belange. Aber ich rate den Gewerkschaften zu mehr Sensibilität im Umgang mit den neuen Bundesbürgern. Ich warne vor Verhetzung und Demagogie. Die Menschen hier sind noch nicht geübt im Umgang mit dem Streik- und Demonstrationsrecht. Es darf kein Spiel mit dem Feuer werden.

Ministerpräsident Manfred Stolpe

Kommentar

Der in ihrer ungewöhnlichen Schärfe dennoch angemessenen Reaktion des Bundeskanzlers auf die unverantwortliche Brandstifterei von westlichen Gewerkschaftschefs hat nun der brandenburgische SPD-Ministerpräsident Stolpe deutliche Worte folgen lassen. Wenn dieser unverdächtige Kenner der Szene zum wiederholten Male vor Verhetzung und Demagogie warnt, so darf dies als Zeichen dafür gewertet werden, in welcher gefährlicher Weise jene den Aufbruch im Osten Deutschlands gefährden, zu deren bevorzugten Bündnispartnern noch bis vor kurzem Leute gehörten, die demnächst vor Gericht stehen werden. Dieser moralische Niedergang fand seine sinnfälligste Ausprägung im Mißbrauch der Montagsdemonstrationen.

Rheinische Post

Machen Sie mit bei unserer „Aktion Solidarität“

Die äußere Einheit unseres Landes ist vollzogen. Jetzt müssen wir gemeinsam alle Kraft daransetzen, die innere Einheit zu vollenden. Das ist nicht einfach, aber es ist zu schaffen, wenn wir alle mitmachen — jeder nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten.

Die jetzt begonnene „Aktion Solidarität“ der CDU unter dem Motto „Wir halten zusammen“ bietet für jedes CDU-Mitglied, für Freunde und Sympathisanten eine Fülle von Möglichkeiten der Aktivität — ob im westlichen oder im östlichen Teil Deutschlands. Das geht von der Beratung in kaufmännischen und steuerlichen Fragen über Unterstützung bei der Berufsausbildung bis hin zu den einfachsten menschlichen Begegnungen.

„Solidaritäts-Börse“

Unser Leitfaden gibt dazu viele Tips und Anregungen. Die Solidaritätsbörse des Konrad-Adenauer-Hauses vermittelt und koordiniert die Aktion. Hier geht es nicht in erster Linie um Geld. Erforderlich ist

allein die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen.

Machen auch Sie mit. Melden Sie sich bei Ihrem Orts- bzw. Stadtverband oder wenden Sie sich direkt an die Solidaritätsbörse der Bundesgeschäftsstelle.

Reich an Herzlichkeit

Familien halten zusammen: Spontan entschlossen sich Agnes und Peter Neuendorf aus Niedecken-Emken bei Euskirchen, die Familie Wolf aus Dresden mit Kindern zu sich in die schöne Eifel einzuladen. Den Kontakt stellte die CDU Euskirchen her. Die Neuendorfs handelten nach dem nachahmenswerten Prinzip:

Wo drei Kinder sich wohl fühlen, können sich auch noch mehr tummeln. Platz ist bei ihnen ausreichend vorhanden. Dabei stammen Peter und Agnes Neuendorf nicht von Krösus ab. Er ist Installateur, sie Hausfrau. Aber die Neuendorfs sind reich an Herzlichkeit und liefern deshalb ein besonders schönes Beispiel für unsere Aktion „Wir halten zusammen“.

Mehr Verkehrssicherheit in den neuen Bundesländern durch Mittelschutzplanken

Bis Ende 1991 werden 900 km Autobahnen, das ist über die Hälfte des Gesamtnetzes in den neuen Bundesländern, mit Schutzplanken auf dem Mittelstreifen ausgestattet sein. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dieter

Schulte, mitteilte, werden dafür rund 54 Millionen Mark an Haushaltsmitteln eingesetzt. Der Staatssekretär erwartet durch diese Maßnahme einen entscheidenden Sicherheitsgewinn auf den überwiegend in einem schlechten Zustand befindlichen Autobahnen.

Kommentar

Macher sind gefragt

Mit „Gesundbeterei“ hat das nun wirklich nichts zu tun, was Bundeskanzler Kohl, BDI-Präsident Weiß und DIHT-Chef Stihl übereinstimmend feststellen: Trotz der großen Zahl von Arbeitslosen ist Aufschwung in den neuen Bundesländern zu spüren. Der Kanzler und die beiden Wirtschaftsführer können auf eine Million neue Arbeitsplätze verweisen, auch auf 50.000 Firmen-Gründungen monatlich.

Die Offensive des Kanzlers und der Wirtschaft kommt zu einer Zeit, in der es chic ist, die ostdeutsche Zukunft in düsterem Pessimismus zu schildern. In einer Zeit auch, in der Gewerkschaftsführer — wie etwa IG-Metall-Chef Steinkühler — in den Osten fahren und die Unruhe dort noch anheizen. Angst zu schüren statt um Vertrauen zu werben, ist psychologisch mit Sicherheit das falsche Rezept. Den Bürgern im Osten muß jetzt klargemacht werden, daß sie — allen gegenwärtigen Widrigkeiten zum Trotz — eine gute Zukunft vor sich haben, wenn sie selbstbewußt ihre Angelegenheiten in die Hand nehmen und nicht auf den Staat warten. „Macher, nicht Meckerer sind gefragt“, hat Stihl gesagt. Meckern tun aber derzeit vor

allem die Gewerkschaften. Sie fordern im Osten schneller höhere Löhne, ohne im Westen zu sagen, daß dies angesichts der geringen Produktivität der Industrie in den neuen Bundesländern von den Arbeitnehmern im Westen bezahlt werden muß. Und sie gaukeln den Arbeitern im Osten vor, daß mit staatlicher Lenkung Besserung zu erreichen wäre. Als ob nicht gerade dies die Ursache allen Übels wäre.

Es gilt, was DIHT-Chef Stihl feststellt: „Eine Wirtschaft, die total an die Wand gefahren wurde, kann man nicht in wenigen Monaten sanieren.“ Etwas Geduld müssen die Menschen schon aufbringen. Denn moderne Produktionsstätten können nicht über Nacht aus dem Boden gestampft werden.

Man mag beispielsweise bedauern, daß der letzte Wartburg in der Autostadt Eisenach vom Band gelaufen ist und die dortigen Autobauer auf „Kurzarbeit Null“ gesetzt werden. Aber im Herbst 1992 wird in Eisenach der erste Opel vom Band einer supermodernen Autofabrik rollen. Gleiches gilt für viele Produktionsbereiche. Dies zeigt, daß es noch eine schwierige Durststrecke für die Menschen im Osten gibt. Doch an deren Ende werden gleiche Lebensbedingungen für alle Deutschen stehen.

aus: Frankfurter Neue Presse

Wir krempeln die Ärmel hoch, und wir werden es schaffen.

Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Eröffnung der Hannover-Messe zu den Schwierigkeiten in Ostdeutschland

Wolfgang Schäuble:

Der Wiederaufbau in den neuen Ländern muß ein Gemeinschaftswerk von Verwaltung und Wirtschaft sein

Anläßlich der Vorlage des Berichts der Bundesregierung zum Auf- und Ausbau der öffentlichen Verwaltung und der Justiz in den neuen Bundesländern vom 8. April 1991 an den Deutschen Bundestag erklärte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble:

Die Situation in den neuen Ländern zeigt, wie wichtig eine leistungsstarke und effektive öffentliche Verwaltung für das Funktionieren der Wirtschaft ist. Diese gegenseitige Abhängigkeit wird bei der noch nicht ausreichenden Leistungsfähigkeit der Verwaltung in den fünf neuen Ländern in Kreisen und Gemeinden deutlich.

Damit in diesem Teil des vereinten Deutschlands die Angleichung der Lebensverhältnisse rasch gelingen kann mit einer florierenden Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft und den Wohlstand gewährleistet, brauchen wir, um Beispiele zu nennen, funktionsfähige Kommunalbehörden, Katasterämter, Grundbuchämter und Gerichte.

Ich bin davon überzeugt, der Wiederaufbau in den fünf neuen Ländern muß ein Gemeinschaftswerk von öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft werden; nur gemeinsam werden wir es rasch schaffen.

Das gemeinsame Ziel, zu einheitlichen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland zu kommen, stellt gerade den öffentlichen Dienst im Interesse einer möglichst raschen wirtschaftlichen und sozialen Gesundung vor große Herausforderun-

gen. Dies verpflichtet den Staat in Verantwortung für seine Bürger zu zügigem Aufbau einer funktionsfähigen, rechtsstaatlichen Verwaltung und Justiz auch im östlichen Teil Deutschlands.

Die Bundesregierung hat die Weichen für einen erfolgreichen Neuanfang gestellt. Der Einigungsvertrag hat die bewährte Entscheidung des Grundgesetzes über die Strukturen des öffentlichen Dienstes für das vereinte Deutschland bestätigt. Der Tarifabschluß vom 5. März 1991 hat verläßlich Perspektiven für den weiteren

Bei ihren Maßnahmen zur Förderung des Auf- und Ausbaus der Verwaltung setzt die Bundesregierung drei Schwerpunkte.

Aufbau einer qualifizierten öffentlichen Verwaltung in den neuen Ländern eröffnet.

Der am 8. April 1991 von der Bundesregierung beschlossene Bericht an den Bundestag stellt den aktuellen Sachstand der bereits getroffenen Maßnahmen dar und skizziert die vorgesehenen weiteren Initiativen. Im Interesse eines einheitlichen Vorgehens von Bund und Alt-Ländern übernimmt die Konzeption der Bundesregierung für den Bund auch die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Februar 1991.

Die Bundesregierung setzt bei ihren Maßnahmen zur Förderung des personellen Auf- und Ausbaus der öffentlichen Verwaltung und der Justiz in den neuen Bundesländern im wesentlichen drei Schwerpunkte:

● **Integration des aus den früheren Verwaltungs- und Justizeinrichtungen übernommenen, fachlich und persönlich geeigneten Personals in einen rechtsstaatlich ausgerichteten, leistungsfähigen und zeitgemäßen öffentlichen Dienst, insbesondere durch**

■ Fortentwicklung und Angleichung des im Beitrittsgebiet übergangsweise geltenden Rechtssystems des öffentlichen Dienstes mit dem Ziel einer Angleichung an die bewährten Strukturen des Beamten- und Tarifrechts im bisherigen Bundesgebiet,

■ schrittweise Angleichung der Beamtensbesoldung und der Tarifbezüge in den neuen Ländern entsprechend der allgemeinen Entwicklung,

■ Fortführung und ggf. bedarfsgerechte Erweiterung der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen und -kapazitäten für den betreffenden Personenkreis,

■ Verwaltungshilfe beim Aufbau eigener Aus- und Fortbildungseinrichtungen der neuen Bundesländer,

■ Entsendung von Verwaltungsfachleuten und Richtern als Dozenten in die neuen Bundesländer,

■ Durchführung von Praktika in der Bundesverwaltung und -justiz.

● **Neue Anreize für eine Tätigkeit von Mitarbeitern aus dem westlichen Bundesgebiet in öffentlicher Verwaltung und Rechtspflege in den neuen Bundesländern, insbesondere durch**

■ Gewährung des vollen Beförderungsgewinns auch für die in die neuen Länder versetzten oder dort wieder ernannten Beamten, Richter und Soldaten (vorgesehen im Entwurf der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung mit Wirkung vom 1. 7. 1991),

■ Verwendungszulage für die Wahrnehmung einer höherwertigen Tätigkeit (vorgesehen im Entwurf der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung mit Wirkung vom 1. 7. 1991),

■ Erhöhung, Verlängerung und Erweiterung der pauschalierten Aufwandsentschädigung,

■ Verbesserung der Beförderungschancen bei mehrjährigem Einsatz in den neuen Ländern (bevorzugte Berücksichtigung einer Bewährung durch den Einsatz im Osten Deutschlands, allgemeine Ausnahmen von laufbahnrechtlichen Mindestzeiten durch den Bundespersonalaus-schluß. Prüfung einer Verbesserung des Instrumentariums für eine entsprechende Beförderungspraxis),

■ verbesserte Möglichkeiten des Verwendungsaufstiegs (die Regelung wird zur Zeit im Rahmen der Vierten Verordnung zur Änderung der Bundeslaufbahnverordnung vorbereitet, Inkrafttreten wird für Mai 1991 angestrebt),

■ verbesserte Reisebeihilfen für Heimfahrten (Trennungsgeldverordnung, zum 1. April 1991 geändert),

■ verbesserte Versorgungsregelungen für aktive Beamte und für Ruhestandsbeamte (Änderungsverordnung zur Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung wird zur Zeit vorbereitet, rückwirkendes Inkrafttreten zum 15. März 1991 ist vorgesehen).

● **Personalkostenzuschüsse und andere Finanzhilfe**

■ Die neuen Länder und Gemeinden müssen finanziell in die Lage versetzt

Millionenhilfe für ostdeutsche Landwirte

Die Bundesregierung hat für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern kurzfristig 800 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Damit soll den landwirtschaftlichen Betrieben in Ostdeutschland geholfen werden, ihre Liquiditätsprobleme zu überwinden, die Frühjahrsbestellung zu finanzieren und die Umstrukturierung der Landwirtschaft voranzutreiben.

Die Anpassungshilfen stehen für Einzelunternehmen (Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe), Personengesellschaften, Genossenschaften und andere Körperschaften bereit, die landwirtschaftlich genutzte Flächen bewirtschaften, Tiere halten oder zur Binnenfischerei gehören. Die Grundzuwendung beträgt mindestens 1.250 DM und maximal 5.000 DM je Betrieb.

Mißbrauch ausschließen

Um die Mittel zielgerecht einzusetzen und Mißbrauch möglichst auszuschließen, werden die Anpassungshilfen nur zweckgebunden vergeben. Sie sind ausschließlich zur Finanzierung von Betriebsmitteln einschließlich der

Ablösung entsprechender Betriebsmittelkredite sowie für Aufwendungen für Auszubildende im 1. Halbjahr 1991 zu verwenden. Die begünstigten Unternehmen müssen daher im Anschluß an die Bewilligung einen Verwendungsnachweis vorlegen. Weitere Zuwendungsvoraussetzungen werden wegen der gebotenen Eile der Verfahrensabwicklung nicht verlangt.

Weitere Anpassungshilfen

Sie sind aber für die weiteren Anpassungshilfen, die voraussichtlich im Spätsommer 1991 ausgezahlt werden, vorgesehen. Neben der Zweckbindung werden dann dazu gehören: die Vorlage einer DM-Eröffnungsbilanz, die Erstellung eines Sanierungskonzepts und eine Flächenbindung der Tierproduktion.

Außerdem wird auch die Auszahlung der standortbezogenen Zuschläge vorgezogen. Der für 1991 vorgesehene Betrag steht bereits im April in einer Summe zur Verfügung. Die Betriebe erhalten nach ermittelter Standort-Benachteiligung 50, 100, 160 oder 260 DM je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche.

werden, qualifiziertes Personal für die öffentliche Verwaltung und Justiz aus dem westlichen Bundesgebiet zu gewinnen. Hierbei werden sie auch in Zukunft vom Bund unterstützt.

- Der Bund und die alten Länder sind bereit,
- ▶ die Kommunen weiterhin durch Personalkostenzuschüsse zu unterstützen,

- ▶ bei Versetzungen in die neuen Länder die Personalkostendifferenz zu erstatten,
- ▶ bei Abordnungen von Bediensteten an die neuen Länder bis Ende 1992 alle Kosten zu tragen.
- Der Bund wird im Justizbereich die 1990 begonnenen finanziellen Unterstützungsmaßnahmen fortführen und bereits 1991 wesentlich verstärken. ■

220 Millionen Mark für Denkmalpflege in den neuen Ländern

Die Bundesregierung hat in den neuen Bundesländern ein „Programm für Denkmalpflege und Erhaltung historischer Bausubstanz“ beschlossen. Es umfaßt:

- jeweils 50 Millionen Mark 1991 und 1992 für ein Sonderprogramm des Bundesministers des Innern zur „Sicherung, Erhaltung und Restaurierung von unbeweglichen Kulturdenkmälern und wertvollen historischen Bauten (Einzelobjekte)“
- jeweils 80 Millionen Mark 1991 bis 1994 für ein Sonderprogramm des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau für „Städtebaulichen Denkmalschutz, Sicherung und Erhaltung historischer Stadtkerne“ aus den für die Städtebauförderung vorgesehenen Mitteln.

Zeitlich begrenztes Programm für besonders dringliche Arbeiten

Das Programm ist zeitlich begrenzt. Es soll dabei helfen, besonders dringliche Arbeiten zu finanzieren. Längerfristig wird ein gemeinsames Programm des Bundes und der Länder angestrebt.

Neben diesen beiden Sonderprogrammen (zusammen 130 Millionen Mark) stehen aus anderen Fördermöglichkeiten weitere 90 Millionen Mark zur Verfügung. Davon entfallen auf das „Kulturelle Infrastrukturprogramm“ 15 Millionen Mark und auf die Staatlichen Museen und den Deutschen Dom Berlin sowie die Staatlichen Schlösser und Gärten in Potsdam/Sanssouci rd. 35 Millionen Mark. ■

Ausbildungsplatz-Offensive erforderlich

Das Bundeskabinett hat Ende März 1991 den Berufsbildungsbericht 1991 verabschiedet. Dieser Bericht beleuchtet erstmals den Lehrstellenmarkt in Gesamtdeutschland.

Er spiegelt die derzeitige wirtschaftliche Situation in den alten und neuen Bundesländern wider: ein Überangebot in den westlichen Bundesländern und ein krasser Mangel im Osten. Während in den alten Bundesländern die beste Ausbildungsplatzbilanz seit Bestehen der Bundesrepublik erreicht wurde, stehen Jugendliche im Osten bislang noch vor verschlossenen Toren.

Ohne Hilfe geht es nicht

Angesichts von 120 000 Jugendlichen, die in den neuen Ländern eine Lehrstelle suchen und derzeit nur 53 000 betriebliche Ausbildungsplätze angeboten bekommen, ist eine Ausbildungsplatz-Offensive erforderlich, an der Wirtschaft, Staat und Gewerkschaften mitwirken müssen.

Im vergangenen Jahr konnte in den neuen Bundesländern die Nachfrage von 140 000 Jugendlichen — trotz pessimistischer Prognosen — knapp gedeckt werden. Dazu beigetragen haben ca. 40 000 Plätze in betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen und berufsvorbereitenden Maßnahmen, die im Rahmen des Vorsorgeprogramms der Bundesregierung gefördert wurden.

Zitat

Das duale System der Berufsausbildung hat sich auch gerade in einer Zeit hoher Nachfrage bewährt.

Norbert Blüm

ZerreiBprobe in der SPD

Zu den Auseinandersetzungen in der SPD über die mit der Bundesregierung vereinbarten Gesprächskreise erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

„Es war von Hans-Jochen Vogel mutig und sehr verantwortungsvoll, in dieser besonderen historischen Situation zu zeigen, daß in der Demokratie das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition nicht Feindschaft sein muß.

Es stellt sich der SPD jetzt die Frage: Seid ihr in der Lage, im Interesse der Menschen zu kooperieren?

Es wird die vereinbarten Gesprächskreise geben, und wir werden sehen, ob die Sozialdemokraten über das hinaus, was wir schon beschlossen haben — und der Hamburger Bürgermeister, Henning Voscherau, hat dies einen großen Wurf genannt —, noch zusätzliche Vorschläge machen. Die werden wir dann diskutieren.

Aber mit Tönen aus der SPD nach dem

Motto: Wir reden nicht weiter, wenn ihr nicht alle unsere Vorschläge akzeptiert, kann es natürlich nicht gehen. Sie zeigen, daß sich die SPD mit dem notwendigen Maß an Kooperation schwer tut.

Ich unterstreiche hier noch einmal: Die Normalität war vor allem durch das Verhalten von Lafontaine unterbrochen, und ich nehme an, daß Frau Fuchs vor allen Dingen für Lafontaine, Schröder und andere gesprochen hat. Die eigentliche ZerreiBprobe findet also in der SPD statt.

Im übrigen ist klar: Diese Regierung hat eine Mehrheit von 60 Prozent der Mandate. Sie ist stabil. Es bleibt bei der Verteilung der Verantwortung.

Wir treffen die Entscheidungen in der Koalition. In den Gesprächskreisen werden keinerlei Entscheidungen getroffen. Deswegen wird die Fraktion auch nicht beteiligt sein, sondern es sprechen und diskutieren Vertreter der Regierung mit Vertretern der Opposition.

Wenn es interessante Vorschläge gibt, über die weiter gesprochen werden muß, dann werden sie an die Koalition weitergegeben, und dort werden, wie auch in der Vergangenheit, die Entscheidungen getroffen.“ ■

In den neuen Ländern geht es aufwärts

Westdeutsche und ausländische Unternehmen werden innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre 70 Milliarden DM in den neuen Bundesländern investieren.

Bis Ende März dieses Jahres sind nach den Worten des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT), Hans Peter Stihl, 80.000 Kreditanträge mit einem Volumen von weit über 10 Milliarden DM für die

neuen ERP-Kreditprogramme des Bundes eingegangen.

Bund und Länder leisten in diesem Jahr Finanzhilfen von über 100 Milliarden DM. Stihl: „Dies ist ein Drittel des Sozialprodukts der alten DDR.“

Pro Kopf seien dies über 8.000 DM. Hinzu kämen weitere 2 Milliarden aus EG-Töpfen und jeweils 4 Milliarden DM in den beiden kommenden Jahren.

Hannelore Rönsch:

Hilfe für die Älteren und Pflegebedürftigen darf nicht zurückstehen

„Die Hilfe für die Älteren, für die Alleingelassenen und Pflegebedürftigen darf nicht hinter dem Kanal- und Straßenbau oder dem Wohnungs- und Städtebau zurückstehen.“ Mit diesen Worten hat die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch, die Chancen des Gemeinschaftswerkes „Aufschwung Ost“ auch für die stationäre und ambulante Altenhilfe in den fünf neuen Bundesländern in Anspruch genommen.

Sowohl das kommunale Investitionsprogramm in Höhe von 5 Milliarden DM 1991 als auch die bis Ende 1992 verlängerte Sonderregelung zur Bereitstellung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen böten große Chancen, die Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen sowie Sozialstationen personell und technisch besser auszustatten.

Fördermöglichkeiten

Damit die für die Altenhilfe bereitstehenden Gelder optimal eingesetzt und ausgenutzt werden, ist inzwischen ein Informationsschreiben an alle 1.400 Leiterinnen und Leiter der Alten-, Altenpflege- und Behindertenheime gegangen. Kurz und knapp werden hierin die Fördermöglichkeiten aufgezeigt, die Antragswege beschrieben und Adressen von Ansprechpartnern angegeben. Für die Beratung bei konkreten Investitionsvorhaben stehe zudem ab sofort das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) in Köln bereit, das mit dem Bundesseniorenministerium zusammenarbeitet.

Mit diesem Maßnahmenpaket wird bald eine deutliche Verbesserung der Situation in der stationären Altenpflege erreicht werden, erklärte Ministerin Rönsch. Handlungsbedarf besteht aber auch im Bereich der ambulanten Altenpflege. Nach dem Grundsatz: Soviel stationäre Hilfe wie nötig und soviel ambulante Hilfe wie möglich, wird dem Aufbau von Sozialstationen in den neuen Bundesländern Vorrang eingeräumt.

Diese Einrichtungen haben die Aufgabe, in ihrem Einzugsbereich kranke, behinderte und hilfsbedürftige Menschen

Das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost ist auch ein Sanierungs- und Aufbauprogramm für stationäre und ambulante Altenhilfe in den neuen Bundesländern.

regelmäßig in ihrer eigenen Wohnung gezielt zu pflegen und zu versorgen. Mit einem Sofortprogramm konnten bereits 500 solcher Stationen in den neuen Bundesländern aufgebaut werden. Die intensivierte Fortsetzung dieser Aufbauhilfe im laufenden Jahr ist bereits begonnen, mindestens 40 Millionen DM stehen zur Verfügung.

Über den besonderen Handlungsbedarf in den neuen Bundesländern hinaus stellen sich im Bereich der Altenhilfe noch andere Probleme. Hier geht es in erster Linie um das lange fällige Altenpflegege-

setz. „Ich werde das Altenpflegegesetz baldmöglichst neu in den Bundestag einbringen,“ betonte die Ministerin.

Bundesaltenplan

Neben diesen dringend erforderlichen Sofortmaßnahmen will die Ministerin einen Bundesaltenplan durchsetzen. Ziel ist die Angleichung der Lebensbedingungen für ältere Menschen in ganz Deutschland. Der Bundesaltenplan soll überdies Möglichkeiten bieten, damit ältere Menschen ihre erworbene Kompetenz in den verschiedensten Lebensbereichen erhalten und steigern können. Aus diesem Grund ist geplant, ein stärkeres Gewicht auf Themen wie „Wohnen im Alter“, „Kulturelle Bildung“ und „Vorbereitung auf den Ruhestand“ zu legen.

Adressen:

**Kuratorium Deutsche Altershilfe
Wilhelmine-Lübke-Stiftung e.V.
An der Pauluskirche 3
5000 Köln 1
Tel.: (02 21) 31 30 71**

Kontaktstelle in Berlin (Ost) ist:

**Außenstelle des
Bundesministeriums für
Familie und Senioren
Johannes-Dieckmann-Str. 42/43
O-1080 Berlin**

**Telefon über Ostleitung: 02/781 7376
Ansprechpartner: Frau Berghäuser oder
Frau Strehlow**

**Von dort werden telefonische Anfragen
unmittelbar zum KDA nach Köln weitergeleitet.**

Veröffentlichung der KAS:

Planen, Bauen und Wohnen im vereinten Deutschland

**Zeitschrift zur politischen Bildung
Heft 1/91, Einzelthemen/Autoren:**

- Wohnen in Deutschland — Bestandsaufnahme und Perspektive (Johann Eckhoff)
- Schicksale deutscher Städte: Vorge stellt werden Dresden (Ulrich Lambrecht), Halberstadt (Elke Schröder), Meißen (Irene Gückel), Potsdam (Ingo Fels/Werner Stang) und Stralsund (Herbert Ewe)
- Rettung von Altstädten und Baudenkmalern (Klaus Goebel)
- Über den Umgang mit historischer Bausubstanz (HPC Weidner)
- Lebensraum Stadt und Kunst (Carl-fried Mutschler)

- Die Entwicklung des Städtebau-rechts im Jahre 1990 (Hans Pflaumer)
- Perspektiven der Stadtentwicklung (Rudolf Schäfer)

- Forschungsschwerpunkte im Woh-nungs- und Städtebau (Günter Wan-kerl)

- Kindergerechtes Wohnumfeld am Beispiel eines Pilotprojektes in Bad Neuenahr-Ahrweiler (Hans-Peter Schmidt)
- Wohnenerlebnis im Wandel — Zum Wohnen der Westdeutschen (Alphons Silbermann)

Die „Zeitschrift zur politischen Bil-dung“ erscheint vierteljährlich. Im Abonnement kostet sie DM 7,20 pro Jahr (zuzüglich Versandkosten).

**Ansichtsexemplare verschickt:
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz
W-5047 Wesseling**

Das „Ja zum Kind“ erleichtern

Die Junge Union Deutschlands setzt sich dafür ein, den Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze im neuen Kinder- und Jugendhilferecht schnell zu verankern. Es kann nicht angehen, daß Alleinerziehende zu Sozialhilfeempfängern werden, weil ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten fehlen.

Hermann Gröhe, Vorsitzender der Jungen Union Deutschlands: Zugleich appellieren wir an die Bundesregierung, die im Einigungsvertrag verankerte Bestandsgarantie für Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Ländern bis zum 30. Juni 1991 ernst zu nehmen. Die Bundesregierung hat ein deutliches Signal der Verlässlichkeit an die neuen Bundesländer und die dortigen Kinderbetreuungseinrichtungen zu senden. Wenn der dafür notwendige Finanzbedarf des Bundes von einer Milliarde Mark für die vertraglich vereinbarte Garantie nicht ausreicht, muß der Betrag erhöht werden.

Ein ausreichendes Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen ist gerade auch für junge Frauen wichtig, um Familie und Beruf vereinbaren zu können. In den neuen Ländern besteht ein großer Bedarf an qualifizierter Kinderbetreuung. Hinsichtlich der Frauenarbeitslosigkeit in

Unter pädagogischer Obhut

den neuen Bundesländern müssen den Frauen Möglichkeiten zu Umschulungen gegeben werden. Während dieser Zeit ist es notwendig, die Kinder unter pädagogischer Obhut zu wissen.

Bei der Schaffung von ausreichenden Kinderbetreuungsplätzen gab es in den alten wie den neuen Bundesländern Probleme. Allerdings sind die Schwierigkeiten in diesem Bereich in den neuen Län-

dern ungleich größer als in den alten Ländern. In den neuen Ländern müssen jetzt schnell qualifizierte pädagogische Einrichtungen aufgebaut werden. Für Neidgefühle in den alten Ländern besteht kein Anlaß.

Zukunftspakt notwendig

Aber auch unter dem Blickwinkel des Schutzes ungeborener Kinder sieht die Junge Union in der Verwirklichung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz und im Ausbau von Kinderhorten und Kindertagesstätten einen wichtigen Beitrag, das Ja zum Kind zu erleichtern. Für die Schaffung von ausreichenden Plätzen in der Kinderbetreuung ist ein gesellschaftlicher Zukunftspakt not-

Junge Union: Zum Schutz des ungeborenen Kindes gehört auch die Verwirklichung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz.

wendig, der pädagogische Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Ländern aufbaut und in den alten Ländern ausbaut.

Die Bundesregierung ist in dieser Frage ebenso wie die Landesregierungen gefordert. Die Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots von Kinderbetreuungseinrichtungen darf weder an Kompetenz- noch an Finanzstreitereien scheitern. Das Eintreten für den Schutz ungeborener Kinder und der Ruf nach einer kinderfreundlichen Gesellschaft wird erst dann glaubwürdig, wenn Bund und Länder auch die dazu notwendigen Rahmenbedingungen wie Kinderbetreuungseinrichtungen schaffen.

Frischer Wind für Hamburg

Kampfbereitschaft, Optimismus und Sachkompetenz, das waren die herausragenden Merkmale des Landesparteitages der Hamburger CDU am 13.

April. Im Mittelpunkt der Auftaktveranstaltung zur Bürgerschaftswahl am 2. Juni stand ein Mann: CDU-Bürgermeisterkandidat Hartmut Perschau.

In seiner brillianten Grundsatzrede bilanzierte Hartmut Perschau die Ergebnisse 34jähriger ununterbrochener SPD-Politik in Hamburg: Rapide ansteigende Kriminalität, drohender Verkehrsinfarkt, 50.000 fehlende Wohnungen, unzählige Umwelt-skandale, 20.000 fehlende Kindergartenplätze und roter Filz überall in der Stadt.

Diese Fakten, so Hartmut Perschau, dokumentieren die politische Faulheit des Hamburger SPD/FDP-Senats in fast allen Sachgebieten klar und eindeutig. Hartmut Perschau: „Das hat Hamburg nicht verdient. Wir brauchen endlich wieder einen Senat, der die Probleme unserer Stadt energisch angeht, und einen Bürgermeister, der nicht endlos lamentiert, sondern handelt.“

Perschau appellierte an alle Hamburger, aus Liebe zur Stadt CDU zu wählen.

„Wir haben nicht nur das bessere Programm, sondern auch die bessere Mannschaft.“ Für seine inhaltlich wie rhetorisch mitreißende Rede erhielt Hartmut Perschau „standing ovations“.

Das „Hamburg-Programm“ für die Bürgerschaftswahl wurde von den rund 200 Delegierten nach einer mehrstündigen, engagierten und sachkundigen Debatte einstimmig verabschiedet. Es ist ein Aktionskonzept gegen den von der SPD zu verantwortenden politischen Still-

stand. Es ist eine Antwort auf die Problemlagen und Chancen der Hansestadt. Daß hinter der schönen Fassade Hamburgs sich durch die politische Untätigkeit des SPD/FDP-Senats riesige Probleme auf türmen, darauf hatte auch der CDU-Landesvorsitzende Jürgen Echter nach hingewiesen. „Jetzt, eine Minute vor zwölf, packt den Senat die Torschlußpanik. Versucht er, mit blindem Aktionismus 34 Jahre Stagnation zu überdecken.“

Bestes Beispiel, so Echter nach, sei der Wohnungsbau. 1990 wurde in Hamburg das schlechteste Wohnungsbauergebnis nach dem Kriege erzielt.

Für einen weiteren inhaltlichen wie stimmungsmäßigen Höhepunkt hatte zuvor Generalsekretär Volker Rühle mit seiner Ansprache gesorgt. Er wies auf die in der jetzigen Situation Deutschlands über die Hamburger Landesgrenze hinausgehende Bedeutung der Bürgerschaftswahl hin. Gerade in der wichtigen und schwierigen Phase des Aufbaus in den neuen Bundesländern müßten von den alten Bundesländern positive Impulse ausgehen. Ein CDU-geführter Senat würde dieser Verantwortung besser gerecht werden, so der Generalsekretär, als die jetzige SPD/FDP-Koalition. Mutmacher und nicht Miesmacher seien gefordert. Volker Rühle äußerte Verständnis für die demonstrierenden Menschen im Osten Deutschlands, aber Unverständnis für die aus dem Westen importierten Proteste.

Fazit: Mit Hartmut Perschau an der Spitze und dem „Hamburg-Programm“ dokumentiert die CDU Elan, Dynamik sowie Kreativität und zeigt sich wirtschaftlich kompetent, ökologisch verantwortungsbewußt und sozial feinfühlig. ■

Peter Hintze:

Wir wollen Brücken bauen zwischen den Menschen in den alten und den neuen Ländern

Die 32. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am 12. und 13. April in der Kongresshalle Alexanderplatz in Berlin war gleichzeitig auch das erste Treffen der Mitglieder und Freunde des EAK aus allen Teilen Deutschlands, und bereits mit dem Ergebnis der Vorstandswahlen demonstrierten die 60 Delegierten des Bundesarbeitskreises, daß sie die Chance des vereinten Deutschland auch nutzen wollen.

Mit Christine Lieberknecht, Bildungsministerin in Thüringen, und Hans Geisler, Minister für Soziales, Gesundheit und Familie in Sachsen, sind gleich zwei Vertreter aus den neuen Bundesländern zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden. Vier der 16 Beisitzer kommen aus Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg.

„Die CDU ist am 3. Oktober evangelischer geworden.“ — An diesen Satz erinnerte Lothar de Maizière, Beisitzer mit der höchsten Stimmenzahl, auf der Pressekonzferenz des neuen Vorstands und erläuterte — fern von jeder Konstruktion konfessioneller Unterschiede — das „U“ im Namen der CDU ausdrücklich als die ökumenische Aufgabe der Partei.

Peter Hintze, alter und neuer Bundesvorsitzender, nimmt in seiner Einleitung zum Theologischen Abendgespräch „Evangelische Verantwortung in Deutschland“

das Motiv mit dem Hinweis auf, daß es evangelische Christen waren, die die Wende in der ehemaligen DDR vorbereitet und auch getragen haben.

Auch der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, unterstreicht in seinem Brief und Grußwort an die Bundestagung die neu gewonnene Bedeutung der Vereinigung, indem er den Evangelischen Arbeitskreis die unentbehrliche Brücke gerade auch zu den Menschen in den neuen Bundesländern nennt.



Evangelischer
Arbeitskreis
der CDU/CSU

*„Das vereinte
Deutschland -
Chance
und
Aufgabe“*

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, mit viel Beifall begrüßt, drückt es einfach so aus: Der Evangelische Arbeitskreis ist um fünf wichtige Landesverbände größer geworden.

Peter Hintze in seiner Ansprache am Samstag: „Der Evangelische Arbeitskreis will Brücken bauen — nicht nur zwischen den Deutschen in den alten Ländern und denen in den neuen Ländern, sondern auch zwischen der evangelischen Landes-

Kirche, den evangelischen Christen in den neuen Bundesländern und den Menschen, die keiner christlichen Kirche angehören.“

So war es nur konsequent, wenn er den EAK als Forum beschrieb und zur Verfügung stellen will, auf dem Diskussionen geführt, Gegensätze ausgetragen und Antworten gefunden werden sollen.

Für die Zurschaustellung eines gewachsenen Selbstbewußtseins, das der gewachsenen Bedeutung der Vereinigung entsprechen hätte, gab es an den beiden Tagen in Berlin keine Gelegenheit. Zu sehr standen genau diejenigen Fragen im Vordergrund, deren z.T. kontroverse Beantwortung in Ost und West überbrückt werden muß.

Wie nicht anders zu erwarten, zog sich wie ein roter Faden das Thema Arbeit

und Arbeitslosigkeit durch alle Redebeiträge und Aussprachen.

Schon bei der geistlichen Morgenbesinnung von Oberkirchenrat Wilhelm Hüffmeier klang das Thema an: Wenn der Feiertag geheiligt werden soll, dann sind die anderen Tage der Woche für die Arbeit bestimmt, und Arbeitslosigkeit wäre eine Störung der göttlichen Ordnung.

Und Peter Hintze wieder in seiner Ansprache: „Der Sinn der Arbeit liegt nicht darin, das notwendige Geld aufzubringen, das wir zum Leben brauchen, sondern darin, ein Stück an der Gestaltung der Welt mitarbeiten zu können und darin einen Sinn zu finden. Wir müssen es deshalb hinbekommen, daß die Menschen Arbeit finden, nicht nur finanzielle Unterstützung, damit sie sich nicht über-

Erster gesamtdeutscher Bundesvorstand:

Vorsitzender:

Parlamentarischer Staatssekretär
Peter Hintze, MdB

Stellvertreter:

Werner Dollinger, Bundesminister
a. D., Bayern
Hans Geisler, Minister für Soziales,
Gesundheit und Familie, Sachsen
Sieghard-Carsten Kampf,
MdHB, Hamburg
Christine Lieberknecht, MdL,
Kultusministerin Thüringen
Hedda Meseke, MdB,
Staatssekretärin a. D., Niedersachsen

Beisitzer:

Hans Bleckmann, Schleswig-Holstein
Arnulf Borsche, Hessen
Horst Gaede, Sachsen-Anhalt
Parlamentarische Staatssekretärin
Michaela Geiger, MdB, Bayern

Gustav Isernhagen, MdL, Niedersachsen

Hans-Ulrich Klose, MdL, Landtags-
vizepräsident Nordrhein-Westfalen

Volkmar Köhler, MdB,
Staatssekretär a. D., Niedersachsen

Lothar de Maizière, MdB, Stv. CDU-
Bundesvorsitzender Berlin-Brandenburg

Friedrich Menke, Bremen

Gottfried Müller, MdL,
Landtagspräsident Thüringen

Hans-Martin Pawlowski, Baden

Marlies Radke,
Mecklenburg-Vorpommern

Brigitte Schütze, MdL, Rheinland-
Pfalz

Friedrich Vogel, MdB, Staatsminister
a. D., Nordrhein-Westfalen

Klaus Weigelt, Schleswig-Holstein

Uwe Wienholz, Württemberg

flüssig vorkommen, sondern das Gefühl haben, gebraucht zu werden.“

Von den vier Arbeitskreisen — über „Unsere Zukunft in der Welt“, die „Zukunft des Bildungswesens“ und die „Zukunft der sozialen Dienste“ — stieß der über die „Zukunft der Arbeit“ auf das größte Interesse.

Unter der Leitung von Werner Dollinger diskutierten — Vorwegnahme der Aktion „Solidarität“ der Gesamtpartei — mit den Gästen, die überwiegend aus den neuen Bundesländern kamen, Regina Görner, Mitglied des DGB-Bundesvorstands und der CDU-Sozialausschüsse, und Staatssekretär Horst Waffenschmidt. Wichtige Einsicht: Arbeit und Betrieb standen für die Bürger der ehemaligen DDR sehr viel mehr im Mittelpunkt ihres Lebens, als es in den alten Ländern geläufig ist. Arbeit und Betrieb vermittelten u. a. nicht nur den Kindergartenplatz und die Ferienunterkunft, sondern auch Gesundheitsvorsorge und Freizeitgestaltung.

Zukunft der Arbeit

Das und die hohe Erwerbsquote durch früheren Einstieg in den Beruf, längeres Verbleiben im Arbeitsprozeß und den großen Beschäftigungsanteil von Frauen zeigen, wieviel mehr bei Arbeitslosigkeit verlorengeht als „nur“ der Arbeitsplatz.

Horst Waffenschmidt stellte in sieben Punkten die Aussichten für die Entwicklung von Arbeit vor: flexiblere Arbeitszeiten, neue Arbeitsschwerpunkte (Umwelt, Pflege), neue Arbeitsformen, verstärkte Fortbildungsmaßnahmen.

Für die Gäste aus den neuen Ländern aber war wichtig, von ihnen zu hören: Die Bundesregierung legt Wert auf Übergangsarbeitsplätze, die den vollen Verlust des Arbeitsplatzes vermeiden, und sie finanziert deshalb ABM-Maßnahmen

besonders großzügig (UiD 10/91) — ganz im Sinne des feinen, aber wichtigen Unterschiedes, den Frau Görner zwischen überflüssigen Arbeitsplätzen und Leuten machte, die auf überflüssigen Arbeitsplätzen sitzen.

Heftig entlud sich angestauter Unmut immer, wenn die Rede auf die alten Seilschaften kam, die in vielen Betrieben überlebt haben, und das in Positionen, auf denen sie wieder über Lebenschancen entscheiden können. Große Zustimmung deshalb für Peter Hintzes Wort: „Die Unterdrücker von gestern dürfen nicht die Profiteure von morgen sein.“

Das Getrennte verbinden

Lang anhaltender Beifall für das Schlußwort von Bundesminister Günther Krause, der genau die Stimmung der Versammlung traf, als er aus persönlichen Erfahrungen die so wichtige Ermutigung formulierte, die nicht von „drüben“ kommt, sondern aus den eigenen Reihen: „Deutschland wächst zusammen!“ — aber nicht wuchernd, sondern wie es das Wort „Religion“ besagt, das Liebe und Versöhnung bedeutet, die miteinander verbinden, was getrennt war.

Personale

Zum 1. Mai übernimmt der bisherige Sprecher der CDU, **Andreas Fritzenkötter**, die Aufgabe des Gruppenleiters für Presse- und Informationsarbeit im Bundeskanzleramt. Er scheidet zu diesem Zeitpunkt aus dem Dienst der Bundespartei aus. Seine Nachfolgerin als CDU-Sprecherin wird ab 1. Mai 1991 **Claudia Conrad**, bisher Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Hessischen Staatskanzlei.

Thüringens Innenminister Böck ernennt 330 Polizeibeamte

In einer Feierstunde hat Thüringens Innenminister Willibald Böck 90 Beamtenanwärter und 240 Polizeibedienstete zu Beamten ernannt. Damit beginnt Thüringen der Forderung des Deutschen Beamtenbundes und der Vorgabe des Einigungsvertrages zu entsprechen, öffentliche Aufgaben so bald wie möglich Beamten zu übertragen. Bei den 240 neuernannten Beamten handelt es sich überwiegend um Beschäftigte, die zuvor im Polizeidienst tätig waren.

Kaufhalle mit 30 Filialen in Ostdeutschland

Die zum Kaufhof-Konzern gehörende Kaufhalle AG, Köln, hat 30 Läden in Ostdeutschland übernommen. Zuständig für das Geschäft in den fünf neuen Bundesländern ist die neu gegründete Tochterfirma Kaufcenter GmbH, Berlin. Die neue Kaufhalle-Tochter erwartet mit ihren etwa 2 500 übernommenen Mitarbeitern rund 400 Millionen Mark Umsatz im ersten Jahr.

Blüm gibt 5,5 Milliarden Mark für die neuen Länder frei

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat in Schwerin eine Vereinbarung unterzeich-

Nachrichten aus den neuen Ländern

net, mit der 5,5 Milliarden Mark für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern freigegeben werden. Mit diesem Sonderprogramm können 1991 und 1992 rund 148 000 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Zusammen mit weiteren Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit sollen in den neuen Ländern allein in diesem Jahr fast 280 000 Menschen Arbeit finden.

Rostock erwartet die 5 000.

Gewerbeanmeldung

Rostock verzeichnet seit Jahresbeginn 1990 einen starken Zuwachs an Dienstleistungsunternehmen. Der Leiter des Gewerbeamtes der Hansestadt, Johannes Kunze, rechnet jetzt mit der 5 000. Gewerbeanmeldung. Mehr als ein Fünftel der inzwischen 4 957 bestätigten Anmeldungen betrafen „Imbißkioske und private Versorgungseinrichtungen“, sagte Kunze.

Bei den Gewerbebegründungen fanden sich neue Taxiunternehmen mit 280 Fahrzeugen, 340 Handwerksbetriebe, 29 Bauunternehmen, zwölf Firmen für Umwelttechnik, 26 Reisebüros und 24 Pensionen für Rostock-Besucher. Auch drei Detekteien, zwei Solarien und drei private Betreuer von Kleinkindern finden sich in der Liste des Gewerbeamtes.

Sprunghafter Anstieg von Existenzgründungen in Schwerin

Die Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern und ihr Umfeld haben sich zu einem Zentrum für Existenzgründungen entwickelt. Wie Dieter Richter, Abteilungsleiter der Industrie- und Handelskammer (IHK) Schwerin berichtete, ist die Zahl der neuen Unternehmen seit Gründung der IHK vor etwa einem Jahr von damals etwa 1 500 auf fast das Zehnfache gestiegen. Die durchschnittliche Investitionssumme für Neugründungen beträgt 450 000 DM, maximal werden etwa 150 Arbeitsplätze geschaffen. Die meisten Existenzgründungen finanzieren, so die IHK Schwerin, ihre Projekte mit Hilfe von ERP-Krediten, unterstützt von der Bürgschaftsbank Mecklenburg GmbH.

800 Millionen für Nahverkehrs- investitionen

Bundesverkehrsminister Günther Krause will dringende Investitionen zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Ostdeutschland in diesem Jahr mit 800 Millionen Mark fördern. Die Hälfte der Mittel ist bereits bereitgestellt worden. Rund 400 Millionen Mark kommen allein aus dem Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“. Neben Ausbaumaßnahmen sind auch 50 Millionen Mark für die Beschaffung von Omnibussen vorgesehen. ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Mit den Themen „Familie“ (Bestell-Nr.: 5416) und „Gesundheit“ (Bestell-Nr.: 5417) erscheinen heute nach dem Thema „Arbeit“ (Bestell-Nr.: 5408) als Dokumentationen im grünen und blauen Teil der zweite und dritte Beitrag einer Reihe, die vor allem zur Information für die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern gedacht ist. — Die Dokumentationen können in unserem IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Vermold, bestellt werden: Verpackungseinheit: 50 Exemplare; Preis pro Verpackungseinheit: 9,— DM

UID

13/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.